

## Bevölkerung wuchs um 82 Millionen Menschen

6,75 Milliarden leben auf der Erde

**Hannover.** Die Weltbevölkerung ist im vergangenen Jahr in etwa um die Anzahl der Einwohner Deutschlands auf rund 6,75 Milliarden gewachsen. Ende 2008 lebten schätzungsweise 82 Millionen Menschen mehr auf der Erde als im Jahr zuvor, wie die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) in Hannover mitteilte. Pro Sekunde nehme die Weltbevölkerung um 2,6 Menschen zu.

Im neuen Jahr werde die Weltbevölkerung voraussichtlich nochmals um die Einwohnerzahl Deutschlands wachsen – und zwar fast ausschließlich in Entwicklungsländern. Die Bevölkerung wachse in den ärmsten Ländern der Welt besonders schnell, da Frauen oftmals keinen Zugang zu Aufklärung und Verhütung hätten und so ungewollt schwanger würden, erklärte die Stiftung. Die Lebenserwartung für ein Neugeborenes in Deutschland beträgt den Angaben zufolge 79 Jahre, in Afrika nur 54 Jahre. Auf dem Kontinent sterben 82 von 1000 Säuglingen, in Deutschland 4 von 1000. Bei der Geburt stirbt eine von 26 Afrikanerinnen, in Deutschland ist es eine Frau von 19 200. afp/ddp

## Schüsse auf Polizeibus in Athen

**Athen.** Die Proteste in Griechenland haben sich auch am Tag vor Heiligabend fortgesetzt. Ein Unbekannter schoss in Athen auf einen Polizeibus, in dem 19 Polizisten saßen. Durch die beiden Schüsse sei niemand verletzt worden, teilte ein Sprecher mit. Der Vorfall ereignete sich an einer Ampel vor dem Universitätsgelände im Osten der Hauptstadt Athen. Die Proteste halten seit drei Wochen an. rtr

## Gericht verbietet Steinbach-Plakat

**Köln.** Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat eine von der „Polnischen Treuhand“ veröffentlichte Fotomontage verbieten lassen. Darauf ist BdV-Präsidentin Erika Steinbach neben einem SS-Offizier und einem Ordensritter sowie im Zusammenhang mit einem Hitler-Zitat abgebildet. Nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Köln ist die Montage nicht durch die Meinungsfreiheit gedeckt. ddp

## Verdacht auf Völkermord

**Karlsruhe.** Wegen mutmaßlicher Beteiligung am Völkermord haben Beamte des Bundeskriminalamts im Raum Frankfurt einen 51-jährigen Ruander festgenommen. Wie die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe am Dienstag mitteilte, soll der 51-jährige Hutu 1990 und 1994 als Bürgermeister eines Ortes im Norden Ruandas an der Tötung von Tutsi beteiligt gewesen sein. rtr

## Liberaler gründet christlichen Verein

**Stuttgart.** FDP-Politiker haben in Baden-Württemberg den Verein „Christliche Liberale – Christen bei den Freien Demokraten“ gegründet. Er sei ein Zusammenschluss Liberaler, die auf der Grundlage ihres christlichen Glaubens Politik sowie Kirchen und Glaubensgemeinschaften aktiv mitgestalten. ddp

@ politik@waz.de

# Bundespräsident sieht das Land gut gewappnet

Horst Köhler spricht beruhigende Worte angesichts der Finanzkrise. Kapital müsse nicht herrschen, sondern allen zu Diensten sein

**Berlin.** In seiner Weihnachtsansprache hat Bundespräsident Horst Köhler die Deutschen zu gemeinsamen Kraftanstrengungen zur Bewältigung der Finanzkrise aufgerufen. „Wir werden uns anstrengen müssen. Aber ich habe Zuversicht, dass wir die Herausforderungen meistern werden“, sagte Köhler laut vorab verbreitetem Redetext. Viele Bürger hätten wegen der weltweiten Finanzkrise

Angst um ihr Ersparnis. Viele fürchteten auch um ihren Arbeitsplatz. Er sehe Deutschland für die anstehenden Aufgaben aber gut gewappnet. Deutschland habe „ein gutes Fundament“, sagte Köhler.

### Engagierte Bürger

„Die Reformen der vergangenen Jahre und die neue Bereitschaft zum Miteinander in den Betrieben haben uns gestärkt für die Aufgaben, die vor

uns liegen.“ Es gebe gut ausgebildete und motivierte Arbeitnehmer, ideenreiche und mutige Unternehmer und Millionen engagierter Bürger, „die gestalten und anpacken und füreinander einstehen“. „Das kann uns allen Mut machen“, sagte der Bundespräsident.

Das Staatsoberhaupt sieht in der Krise auch die Chance für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Völkern. Es gebe die Chance für eine bes-

sere Ordnung von Wirtschaft und Finanzen, in der das Kapital allen zu Diensten sei und sich niemand davon beherrscht fühlen müsse. „Jetzt muss sich entsprechend verhalten, wer Verantwortung trägt und Rechenschaft schuldet“, mahnte er.

### Appell an Banker

Mit Blick auf die Bankenkrise appellierte er an die Verantwortlichen, „Anstand, Be-

scheidenheit und Maß“ zu zeigen. „Glaubwürdigkeit bringt das Vertrauen zurück“, sagte er. Dies sei das Band, das die Gesellschaft zusammenhalte. Schließlich dankte Köhler in seiner Rede auch den deutschen Soldaten, die auf ihren Auslandseinsätzen „für Sicherheit und Wiederaufbau sorgen“. „Sie dienen dem Frieden, unter Einsatz von Leib und Leben“, betonte der Bundespräsident. afp

# Der Optimismus ist zurückgekehrt

30 000 Christen aus aller Welt feiern in diesem Jahr das Weihnachtsfest in Jesu Geburtsstadt Bethlehem.

Dieses Jahr kamen mehr Touristen, und die Arbeitslosigkeit sank. Aber viele Bewohner fühlen sich eingesperrt

Von Martin Gehlen

**Bethlehem.** Bethlehems Bürgermeister strahlt. Von dem Balkon vor seinem Büro schaut Victor Batarseh direkt auf die Geburtskirche – die Hauptattraktion der Stadt und einer der bedeutendsten Orte des Christentums. 30 000 Besucher aus aller Welt sind über die Weihnachtstage angereist, „das beste Jahr seit langem“, sagt er. Neben Spaniern, Italienern und Deutschen ziehen inzwischen auffallend viele Pilger aus Osteuropa durch die Gassen – Polen, Rumänen und

„Abbas bleibt meist nur eine Stunde, das reicht ihm“

auch Russen. „Alle 5000 Hotelbetten sind belegt“, freut sich Batarseh, während sein Blick prüfend über den Manger-Platz vor der Geburtskirche streift. Der Bürgermeister ist Christ, wie 40 Prozent der 32 000 Einwohner.

Seine Stadt, in der nach dem Zeugnis der Bibel Jesus in einem Stall zur Welt gekommen ist, hat sich herausgeputzt. An einem mächtigen Tannenbaum funkeln rote Lichterketten. Nachts leuchtet ein großer Stern mit Schweif über dem Platz vor der berühmten Basilika. In manchen Schaufenstern hängen Tannenzweige aus Plastik und rote-weiße Weihnachtsmänner aus China. Zu der dreistündigen Miternachtsmesse reist – wie jedes Jahr – auch der muslimische Präsident Mahmud Abbas aus Ramallah an. „Abbas bleibt meist nur eine Stunde, das reicht ihm“, schmunzelt Batarseh.

Nach acht Jahren Intifada ist verhaltener Optimismus in die Geburtsstadt Jesu zurückgekehrt. Insgesamt 1,2 Million Touristen waren 2008 hier, doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Die Arbeitslosigkeit, lange bei 50 Prozent, hat sich halbiert. Auch ein weiterer Papstbesuch nach der Visite



Bethlehem und sein wichtigster Exportartikel: Jesus-Figuren an der Christuskirche.

Foto: Katharina Eglau

von Johannes Paul II. im März 2000 sei nun „zu hundert Prozent sicher“, heißt es bei den Stadtvätern. „Der Heilige Vater möchte mit uns und für uns beten, und er will sich Wissen aus erster Hand verschaffen über die harten Lebensbedingungen unserer Region“, schrieb Patriarch Fouad Twal am Dienstag in seiner Weihnachtsbotschaft. Das genaue Besuchsprogramm wird erst im Februar abgestimmt, Bethlehem jedoch ist zusammen mit Nazareth und Jerusalem auf jeden Fall dabei.

„Die Touristen sind nicht nur eine Einnahmequelle. Sie sind für uns Palästinenser auch eine Brücke zur Außenwelt“, sagt Tourismusministerin Khoulood Daibes. Die gelernte Architektin stammt aus Bethlehem und hat in Deutschland studiert. Verlassen können die Menschen ihre zwei mal zwei Kilometer große Kommune praktisch nicht. Wer in das nahe Jerusalem fah-

ren will, braucht eine Spezialerlaubnis der Israelis, die selten bewilligt wird.

„Der Mauerbau geht weiter, die jüdischen Siedlungen wachsen wie Geschwüre und lassen nichts mehr übrig, wohin Bethlehem sich noch ausweiten kann“, sagt der evangelische Pfarrer Mitri Raheb. Keiner der Checkpoints sei bisher abgebaut worden, im-

### Die Stadt

Bethlehem liegt im Westjordanland. Die Stadt gehört zu den palästinensischen Autonomiegebieten und grenzt im Norden an Jerusalem. Zur Agglomeration Bethlehem gehören auch Beit Dschala und Beit Sahur; letzterer Ort hat wie Bethlehem biblische Bedeutung. Bürgermeister von Bethlehem ist seit 2005 der römisch-katholische Christ und pensionierte Arzt Victor Batarseh.

mer mehr Straßen in der Westbank seien ausschließlich für jüdische Siedler reserviert. „Wir leben inzwischen in einem voll entwickelten Apartheidssystem“, erläutert der Theologe.

Die streckenweise zehn Meter hohe Betonmauer schlängelt sich wie ein grauer Bandwurm durch die karg-grüne Landschaft. Für Ministerin Khoulood Daibes ist sie „eine monströse Barriere, die den Touristen Angst macht und sie davon abhält, in den palästinensischen Gebieten zu übernachten“. Abgesehen von Weihnachten und Ostern bleiben die meisten Besucher in Bethlehem durchschnittlich nur zwei Stunden. „Von den Gesamteinnahmen des Tourismus im Heiligen Land bleiben zwei Prozent in den palästinensischen Gebieten, 98 Prozent in Israel“, erläutert die Politikerin.

„Wir sehen die Leute nur von weitem“, sagt Hatem Ali,

der das Restaurant Al-Sufra übernommen hat. „Die Stadt ist voll, aber wir verdienen nichts.“

George Baboul dagegen ist zufrieden. Seit 1962 besitzt er den „Bethlehem Star Store“, endlich läuft das Geschäft mit Jesusfiguren, Holzkreuzen und geschnitzten Krippen wieder. Vier seiner fünf erwachsenen Kinder leben im Ausland. Neben an in der kleinen Holzwerkstatt sitzen drei Arbeiter in Bergen von Sägemehl und stellen wie am Fließband Rosenkränze her.

Ans Auswandern hat der 74-Jährige nie gedacht – auch nicht, als während der Zweiten Intifada jeden Tag geschossen wurde, sogar auf die Geburtskirche. Für 2009 hat George Baboul nur einen Wunsch: „Ich hoffe, es gibt endlich Frieden.“

→ online Spezial: Weihnachten '08 – Reportagen & Foto-strecken [DerWesten.de/direkt](http://DerWesten.de/direkt)

# „Karlsruhe“ läuft zur Piratenjagd aus

Verteidigungsminister Jung verabschiedet deutsche Fregatte zum Einsatz vor der somalischen Küste.

Abschreckung ist das oberste Ziel. Reedereien könnten für Militärschutz zur Kasse gebeten werden

**Dschibuti.** Im Kampf gegen Piraten vor Somalias Küste hat die deutsche Fregatte „Karlsruhe“ am Dienstag offiziell ihren Einsatz begonnen. „Sie können sich unserer Unterstützung sehr gewiss sein“, sagte Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) in einer kurzen Ansprache vor den Soldaten in Dschibuti.

Die „Karlsruhe“ verließ am Vormittag den Hafen von Dschibuti, um in den Gewässern vor der somalischen Küste vor allem Hilfstransporte des Welternährungsprogramms (WFP) vor Überfällen

zu schützen. Doch das Mandat, das der Bundestag am Freitag gebilligt hatte, lässt auch generell die Bekämpfung von Piraten zu. Jung verwies auf die hohe Zahl von mehr als 200 Schiffen, die in der Region in den vergangenen Monaten gekapert wurden. „Das zeigt, wie notwendig es ist, dass wir uns an einer derartigen Mission beteiligen“, sagte er.

Dafür habe die Bundeswehr ein äußerst robustes Mandat. Der Einsatz erfolgt im Zuge der EU-Mission Atalanta unter britischer Führung, an der neun europäische Staaten be-

teiligt sind. Die „Karlsruhe“ mit ihren rund 220 Mann Besatzung hält sich bereits seit einiger Zeit in der Region auf, war aber bisher nur zur Nothilfe bei Piratenangriffen be-



Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) Foto: rtr

rechtigt. Als erstes Ziel des Einsatzes nannte Verteidigungsminister Jung die Abschreckung von Piraten, dann die Verhinderung von Angriffen und schließlich ein Ende der Seeräuberei in der Region. Der Minister bekräftigte, dass eine Festnahme von Piraten bei der Operation Atalanta zwar möglich, aber nicht das vorrangige Ziel sei.

Mit Blick auf die hohe Zahl von Piratenüberfällen vor Somalia rief er vorerst aber die Reeder vor allem von Freizeitschiffen auf, „dieses Seegebiet zu meiden“.

„Das Gebiet ist so kritisch, dass man es nicht für Freizeitaktivitäten nutzen darf“, sagte Jung der „Bild“-Zeitung. „Wer trotzdem dahin fährt, gefährdet vorsätzlich Leib und Leben seiner Passagiere.“

Jung regte an, in Einzelfällen zu prüfen, ob Reedereien für militärischen Schutz zur Kasse gebeten werden können. „Die Mission kostet rund 45 Millionen Euro. Und das ist das Geld der Steuerzahler.“ rtr/afp

→ online Diskussion: Deutsche Soldaten gegen Piraten? [DerWesten.de/direkt](http://DerWesten.de/direkt)

## EU-Staaten gehen auf Obama zu

Interesse an Aufnahme von Guantánamo-Insassen

**Washington.** Neben Deutschland und Portugal sind in Europa offenbar weitere Staaten zur Aufnahme entlassener Guantánamo-Gefangener bereit. Ein halbes Dutzend Länder habe der künftigen US-Regierung unter Barack Obama ein entsprechendes Angebot signalisiert, berichtete die „Washington Post“. Die Staaten verstehen den Schritt demnach als Geste des guten Willens gegenüber dem künftigen Präsidenten, der das Lager – wie von Europa seit langem gefordert – schließen will.

Das deutsche Angebot soll nach Forderungen aus den Koalitionsfraktionen mit Bedingungen verknüpft werden. Deutschland dürfe Häftlinge nicht alleine und nicht als erstes Land aufnehmen, sondern nur im Rahmen einer internationalen oder europäischen Aktion, sagte Unionsfraktionsvize Wolfgang Bosbach dem WDR. rtr

## Machtkampf in Guinea

**Conakry.** Nach dem Tod des Staatschefs Lansana Conté ist im westafrikanischen Guinea ein Machtkampf entbrannt. Ein Armeekommandeur verkündete im Rundfunk einen Militärputsch, wobei unklar blieb, wie groß seine Unterstützung in der Armee war. Die Regierung sowie andere Institutionen seien aufgelöst, die Verfassung außer Kraft gesetzt, sagte er. Dies ließ Ministerpräsident Ahmed Tidiane Souaré umgehend dementieren. Parlamentspräsident Aboubacar Somparé sagte, die Mehrheit der Soldaten stehe hinter der Verfassung. epd

## Mugabe spottet über seine Kritiker

**Harare.** Simbawes Regierung hat die Kritik der USA und Großbritanniens an dem autokratisch regierenden Präsidenten Robert Mugabe als belanglos abgetan. Regierungssprecher George Charamba sagte der regierungsnahen Zeitung „The Herald“, die Kritik Bushs und Browns an Mugabe könne nicht ernstgenommen werden, da sich diese dem Ende ihrer Amtszeiten näherten und versuchten auf Kosten Simbawes noch einmal Aufmerksamkeit zu erheischen. epd

## Rakete explodierte nach dem Abschuss

**Moskau.** In Russland ist der Test einer Interkontinentalrakete mit Mehrfachsprengköpfen fehlgeschlagen. Die auf eine Reichweite von 8000 Kilometern ausgelegte Rakete vom Typ Bulawa explodierte in der Luft, nachdem sie von einem U-Boot im Weißen Meer abgefeuert worden war, sagte ein Armee-Vertreter der russischen Nachrichtenagentur Interfax. Die Rakete hatte ein Testgelände in Kura auf der östlichen Halbinsel Kamtschatka anvisiert. afp

## China hebt die Armutsgrenze an

**Peking.** In China wird die Armutsgrenze deutlich angehoben, so dass nun drei Mal so viele Menschen offiziell als arm gelten. Alle Menschen, die jährlich weniger als 1100 Yuan (115 Euro) zum Leben hätten, würden ab kommendem Jahr als arm eingestuft, berichtete die staatliche Zeitung „China Daily“. Nach der neuen Definition gelten statt bisher 14,8 Millionen künftig 43,2 Millionen Menschen in China als arm. afp